

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Kristin Brinker (AfD)**

vom 28. Juni 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Juli 2019)

zum Thema:

Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) – „a. Arbeit und Soziales“ – Teil 1

und **Antwort** vom 19. Juli 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juli 2019)

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales

Frau Abgeordnete Dr. Kristin Brinker (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/20116

vom 28. Juni 2019

über

Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) - "a. Arbeit und Soziales" - Teil 1

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Investitionsgüter(gruppen) gibt es im Bereich Arbeit und Soziales? Bzw. in was investiert die öffentliche Hand konkret im Bereich Arbeit und Soziales?

Zu 1.: Investitionen werden im Haushaltsplan in den Hauptgruppen 7 und 8 abgebildet. Im Einzelplan 11 sowie im SIWANA sind im Bereich Arbeit und Soziales Investitionen im Bereich IT (z. B. Einführung der elektronischen Gerichtsakte/ e-justice), Einführung des Sozialhilfeportals) sowie für den Bau bzw. die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften (z. B. MUF) und für erforderliche Grundstücksankäufe im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung vorgesehen. Weitere Investitionen werden für die nutzerspezifische Herrichtung von Verwaltungsstandorten (z. B. Ankunftszentrum) getätigt.

2. Welche Produkte im Sinne der KLR des Senats gibt es im Bereich Arbeit und Soziales? Welche Durchschnittspreise haben sich die letzten zehn Jahre ergeben? Wie hoch waren die Infrastrukturkosten absolut und in Relation zu den Gesamtproduktkosten?

Zu 2.: Eine Betrachtung der letzten 10 Jahre ist technisch nicht möglich, da der Bereich Arbeit vor der Ernennung des amtierenden Senats nicht im Einzelplan 11 vertreten war. Zudem wäre ein Vergleich in unterschiedlichen Ressortzusammensetzungen nicht

vergleichbar. Die folgenden Durchschnittspreise bilden daher lediglich den Zeitraum seit der letzten Neuressortierung ab.

Produktkurzbeschreibung	Produkt-nummer	Produktname	Ø Preis
Grundsatzangelegenheiten der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sowie der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung, Initiierung und Koordinierung von Präventionskonzepten, Moderation und Begleitung des repressiven Wirkens der Verfolgungsbehörden, Information und Beratung der Akteure des Wirtschafts- und Arbeitslebens	77132	Bekämpfung der Schwarzarbeit	112,54 €
Initiierung, Vergabe und Betreuung von Modell- und Pilotprojekten der beruflichen Weiterbildung	78947	Innovative Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	2.473,84 €
Entwicklung und Durchführung mischfinanzierter Förderprogramme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für nicht vermittelte Bewerber/innen, Förderung zusätzlich eingerichteter Ausbildungsplätze	78948	Förderung der beruflichen Erstausbildung (zusätzliche Ausbildungsplätze)	101,23 €
Gewährung von Zuwendungen/Darlehen für Vorhaben Berliner Unternehmen und Forschungsinstitutionen, die die technologische Neu- und Weiterentwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen in der Informationsgesellschaft zum Gegenstand haben	78950	Förderung vorbereitender Maßnahmen zur beruflichen Erstausbildung	3.404,61 €
Entwicklung und Durchführung zusätzlicher Maßnahmen der Beruflichen Bildung (Projekte, Programme, Modelle u. a.) zur Schaffung von Ausbildungsplätzen einschließlich der Fertigung entsprechender Rechtsgrundlagen (Verwaltungsvorschriften, Verträge u. a.)	78951	Zielgruppenorientierte Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	218,64 €
Grundsatzangelegenheiten des Arbeits-Rechts; Allgemeinverbindlichkeitserklärung, Registratur und Auswertung von Tarifverträgen, Info und Beratung zu tarifrechtlichen Fragen sowie Rechtsauskünfte in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten, Maßnahmen nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit, Sozialpartnerdialog	78953	Aufgaben des Arbeits- und Tarifrechts	212,77 €
Anerkennung bzw. Ablehnung von Bildungsurlaubsanträgen einschließlich Beratung und Information zur Inanspruchnahme bzw. Gewährung von Bildungsurlaub	78955	Durchführung des Berliner Bildungsurlaubsgesetzes (BiUrlG)	57,50 €
Wahrnehmung der Aufgaben der zuständigen Stellen für die Berufsbildung in der Landwirtschaft; Durchführung der Berufsbildung gem. Berufsbildungsgesetz (BBiG)	78956	Berufsbildung in der Landwirtschaft	102,82 €

Betreuung und Controlling der Weiterbildungsdatenbank, Betreuung und Controlling von Informations- und Beratungsstellen der beruflichen Weiterbildung	78957	Moderation von Maßnahmen zur Beruflichen Weiterbildung	1,37 €
Überwachung der ordnungsgemäßen und rechtmäßigen Durchführung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), Bereitstellung der Haushaltsmittel für Aufstiegs-Bafög	78958	Überwachung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) - MeisterBAföG	12,55 €
Entwicklung, Finanzierung, begleitendes Controlling des Dienstleisters bei der Umsetzung des Programms BerlinArbeit für Beschäftigungsmaßnahmen (Förderung von Arbeitsverhältnissen - FAV u. a.) bei freien Trägern	78959	Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei freien Trägern	247,82 €
Anerkennung, Gleichstellung und Begutachtung beruflicher Bildungsabschlüsse, Erstellung fachlicher Gutachten	78961	Anerkennung von Bildungsqualifikationen	5.981,96 €
Konzepterarbeitung, Beratung, Begleitung, Steuerung, Controlling und finanzielle Abwicklung der lokalen Projekte im Rahmen der ESF-Instrumente 52, 54 sowie der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit (BBWA)	78969	Steuerung und Begleitung von Projekten im Rahmen des EU-Programms "Lokales Soziales Kapital" und "Partnerschaft, Entwicklung und Beschäftigung" sowie von lokalen Projekten der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik	947,69 €
Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen, Ermächtigungen, Stellungnahmen im Berufskrankheiten-Verfahren) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80266	Arbeitsschutz: Antragsverfahren	412,13 €
Überwachung der Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z .B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80267	Arbeitsschutz: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	437,47 €
Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen,) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80268	Chemikalienrecht: Antragsverfahren	3.108,62 €
Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80269	Chemikalienrecht: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	3.731,50 €

Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen,) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80270	Produktsicherheit: Antragsverfahren	783,65 €
Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80271	Produktsicherheit: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	388,47 €
Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Anzeigeverfahren, Zulassungen, Ausnahmen,) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80272	Immissionsschutz: Antragsverfahren	2.156,87 €
Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Beratung von Betreibern von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80273	Immissionsschutz: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	5.061,33 €
Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen,) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80276	Sprengstoffrecht: Antragsverfahren	1.564,21 €
Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80277	Sprengstoffrecht: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	436,95 €
Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80278	Strahlenschutz: Antragsverfahren	606,30 €
Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80279	Strahlenschutz: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	1.792,52 €

Durchführung von Antragsverfahren (Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80280	Überwachungsbedürftige Anlagen: Antragsverfahren	5.605,19 €
Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Beratung von Betreibern überwachungsbedürftiger Anlagen auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80281	Überwachungsbedürftige Anlagen: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	478,66 €
Überwachung und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80282	Energieeffizienz: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	2.625,92 €
Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten von Berufskraftfahrern, Überwachung und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z. B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen	80283	Fahrpersonalrecht: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	861,90 €

Die Infrastrukturkosten absolut und in Relation zu den Gesamtkosten betragen im entsprechenden Zeitraum im Bereich Arbeit:

Infrastrukturkosten (IK) absolut	IK Relation
12.755.238,00	0,30

Eine Betrachtung der letzten 10 Jahre ist für den Bereich Soziales nicht plausibel möglich, da nach der Senatsbildung in 2016 der Bereich Pflege aus der Abteilung Soziales herausgegliedert wurde. Daher wird hier lediglich der Zeitraum der laufenden Legislaturperiode betrachtet. Folgende Produkte sind in der Kosten- und Leistungsrechnung (KLAR) mit den jeweiligen Durchschnittspreisen der letzten sechs Jahren erfasst:

Produktkurzbeschreibung	Produkt-nummer	Produktname	Ø Preis
Bearbeitung von Anträgen und Bewilligung von Kapitalentschädigungsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG); Bearbeitung von Anträgen auf Erstattung von Verfahrenskosten, Auslagen und Geldstrafen nach dem StrRehaG; Bearbeitung von Überprüfungs- und Einziehungsverfahren; Bearbeitung von Anträgen auf Ausstellung von	75312	Bescheide nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (1. SED-UnBerG) und Häftlingshilfegesetz (HHG)	884,99 €

Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG (HHG-Bescheinigung) in Amtshilfe			
---	--	--	--

Bearbeitung von Anträgen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wegen hoheitlicher Eingriffe in Vermögen, Gesundheit oder Beruf und auf "moralische Rehabilitierung"; Bearbeitung von Anträgen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	75315	Bescheide nach dem 2. SED-UnBerG	996,39 €
Administrierung der Ausreisen mit allen erforderlichen Arbeitsschritten, um ausreisewilligen Ausländern die Rückkehr in ihr Heimatland oder eine Weiterwanderung in einen Drittstaat zu ermöglichen und Begleitung von Passbeschaffungsanträgen für Ausländer zur Erfüllung ihrer ausweisrechtlichen Pflichten	75320	Administrierung der Ausreisen sowie Passbeschaffung (extern)	2.108,31 €
Entscheidung über Gewährung von Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben bzw. zur Förderung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebotes für schwerbehinderte Menschen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe	75360	Finanzielle Hilfen an schwerbehinderte Menschen zur Sicherung der Teilhabe am Arbeitsleben	818,55 €
Entscheidung über Gewährung von Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben bzw. zur Förderung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebotes für schwerbehinderte Menschen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe	75361	Finanzielle Hilfen an Arbeitgeber zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	752,61 €
Entscheidung im Rahmen des besonderen Kündigungsschutzverfahrens für schwerbehinderte Menschen	75362	Besonderer Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen	61,91 €
Auskünfte, Informationen, Beratung in Angelegenheiten der Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben von schwerbehinderten Menschen	75363	Allgemeine antragsunabhängige begleitende Hilfen in Schwerbehindertenangelegenheiten	279,02 €
Strukturverantwortung der Integrationsfachdienste/ (Beauftragung einschließlich Grundvertrag, Zielvereinbarungen, Finanzierungsplan, Koordination, fachliche Leitung, Aufsicht und Beratung, statistische Auswertung) mit den Aufgaben für die IFD nach den §§ 109 ff. SGB IX	75365	Finanzierung, Koordination und Strukturverantwortung von externen Integrationsfachdiensten (IFD)	251,58 €
Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen für Einrichtungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	75366	Förderung von Werkstätten und Wohnheimen für behinderte Menschen	8.617,68 €
Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Forschungs- und Modellvorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben sowie zu Arbeitsmarktprogrammen zum Abbau der	75367	Zuschüsse zu und Begleitung von Forschungs- und Modellvorhaben sowie Zuschüsse zu Arbeitsmarktprogrammen zur Sicherung der Teilhabe	4.600,64 €

Arbeitslosigkeit aus Mitteln der Ausgleichsabgabe, fachliche Begleitung von Forschungs- und Modellvorhaben, Abschluss von Rahmenvereinbarungen		schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	
--	--	--	--

Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen (Einschließlich Organisation des Integrationspreises, Überarbeitung und Bereitstellung von Print- und elektronischen Medien) nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) IX, Teil II	77512	Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen nach den SGB IX, Teil II	110,55 €
Individuell gestaltete Erstberatung sowie Folgeberatungen zu allen integrationsrelevanten Fragen der Spätaussiedler; Unterstützung von Klienten bei der Wohnraumbeschaffung (ggfs. unter Zuhilfenahme von Sprachmittlung); Beschaffung von Wohnplätzen und Vermittlung von Wohnraum, Sozialpädagogische Beratung und Betreuung von Spätaussiedlern	77520	Soziale Beratungsleistungen für Spätaussiedler	11.944,70 €
Leistungen an Leistungsberechtigte gem. § 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), die im Besitz einer Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz sind, ausgenommen Personen, die am 15.12.2003 im Leistungsbezug bei einem Bezirksamt waren und deren Leistungsbezug ununterbrochen andauert. Leistungen als Vorauszahlung an Ausländer nach bestands- oder rechtskräftig abgeschlossenen Asylverfahren bei Wechsel der Zuständigkeit für die Gewährung von Leistungen. Das Produkt beinhaltet auch die Gewährung von Leistungen (Taschengeld und Bekleidung) an Abschiebehäftlinge am jeweiligen Gewahrsamsort sowie die vor- und nachbereitenden Tätigkeiten der Dienststelle, Leistungen nach dem AsylbLG an Opfer von Menschenhandel, Leistungen an unbegleitete minderjährige Asylsuchende nach dem AsylbLG, Leistungen an nach dem SGB XII anspruchsberechtigte Kinder, deren sorgeberechtigter Elternteil beim LAF im Leistungsbezug steht	77521	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	338,86 €
Ausländer, die sich in Berlin asylsuchend melden, unerlaubt eingereiste Ausländer, die unter § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) fallen sowie Ausländer, die unter § 24 AufenthG fallen und eine Verteilentscheidung für Berlin bzw. für andere Bundesländer erhalten sowie Asylsuchende, unerlaubt eingereiste Ausländer nach § 15a AufenthG und Ausländer nach § 24 AufenthG, die aus	77522	Aufnahme und Verteilung von Asylbewerbern, unerlaubt eingereisten Ausländern und Ausländern im Falle eines Massenzustroms	390,69 €

<p>anderen Bundesländern nach Berlin aufgrund Verteilentscheidung zugewiesen werden, erhalten eine Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende bzw. einen Bescheid über die Verteilentscheidung gem. §§ 15a und 24 AufenthG und werden der Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen. Spezifische Beratung zum Asylverfahren und zur Verteilung gem. §§ 15a und 24 AufenthG. Ordnungsbehördliche Aufgaben. Bearbeitung von Anträgen auf Umverteilung von Asylbewerbern und Ausländern, die unter §§ 15a und 24 AufenthG fallen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Bundesland nehmen wollen.</p>			
<p>Beratung, um ausreisepflichtigen Ausländern die Rückkehrmöglichkeiten in ihr Heimatland oder eine Weiterwanderung in einen Drittstaat aufzuzeigen; ggf. mit Ausstellung eines Beratungsnachweises</p>	78176	Rückkehr- und Weiterwanderungsberatung (extern)	757,65 €
<p>Bearbeitung von Anträgen auf Zahlung einer besonderen Zuwendung für Haftopfer (Opferrente)</p>	79776	Anträge nach dem 3. SED-UnBerG	558,77 €
<p>Förderung der im ISP (früher: LIGA-Vertrag Soziales) zusammengeschlossenen gesamtstädtischen Projekte durch Zuwendungen. Buchung von Transferkosten in Auftragswirtschaft durch das LAGeSo. Personal- und Sachkosten in Zusammenhang mit der Vergabe werden gebucht auf deren Kostenträger (Ktr.) 80222 und monatlich verrechnet.</p> <p>Personalkosten der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung werden nicht auf diesen Ktr. gebucht, da es sich um ministerielle Regieleistungen handelt und somit auf ein MGF zu buchen sind.</p>	80261	Zuwendungsangelegenheiten für das Integrierte Sozialprogramm - ISP	716,13 €
<p>Förderung der im IFP STZ zusammengeschlossenen gesamtstädtischen Projekte durch Zuwendungen. Buchung von Transferkosten in Auftragswirtschaft durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Personal- und Sachkosten in Zusammenhang mit der Vergabe werden gebucht auf deren Ktr. 80222 und monatlich verrechnet.</p> <p>Personalkosten der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung werden nicht auf diesen Ktr. gebucht, da es sich um ministerielle Regieleistungen handelt und somit auf ein MGF zu buchen sind.</p>	80262	Zuwendungsangelegenheiten für das Infrastrukturprogramm Stadtteilzentren - IFP STZ	385,67 €

<p>Anspruchsprüfung, Bewilligung und Abrechnung der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) an den berechtigten Personenkreis (Leistungsberechtigte). Erteilung eines Feststellungsbescheides für die Leistungen der Bildung und Teilhabe. Bewilligung oder Ablehnung der Leistungen: - für mehrtägige Klassen- und Kitafahrten, - zur Schülerbeförderung, - von Ausstattungen mit persönlichem Schulbedarf, - von Bedarfen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft</p> <p>Leistungsberechtigte sind Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, Schülerinnen und Schüler, die das 25. Lebensjahr (s. Auftragsgrundlage) noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und deren Eltern oder sie selbst Leistungen des Sozialgesetzbuches XII oder des AsylbLG beziehen.</p> <p>Die Leistungen für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft werden Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt.</p> <p>Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz 2 und 4 bis 7 werden auf Antrag erbracht. Einer nachfragenden Person werden, auch wenn keine Regelsätze zu gewähren sind, für die in § 34 SGB XII definierten Bedarfe Leistungen erbracht, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken kann.</p>	80434	BuT- Leistungen nach SGB XII und dem AsylbLG (Verwaltungsprodukt zu den Transferprodukten BuT Soz nach SGB XII und AsylbLG)	18,90 €
<p>Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) an den berechtigten Personenkreis (Leistungsempfänger nach SGB XII und AsylbLG).</p> <p>Leistungsberechtigte sind Schülerinnen und Schüler, die das 25. Lebensjahr (s. Auftragsgrundlage) noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, an mehrtägigen Klassenfahrten teilnehmen, wenn sie ihre Aufwendungen für diese Klassenfahrten nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken können.</p> <p>Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz Satz 1 Nr. 2 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG i.V.m. § 6 AsylbLG werden auf Antrag erbracht. Einer nachfragenden Person werden, auch wenn keine Regelsätze zu gewähren sind, für die in § 34</p>	80435	T-BuT Leistungen nach SGB XII und AsylbLG - mehrtägige Klassenfahrten - (Transferprodukt zu "BuT Soz Verwalt. SGB XII)	272,49 €

<p>SGB XII definierten Bedarfe Leistungen erbracht, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken kann.</p>			
<p>Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) an den berechtigten Personenkreis (Leistungsempfänger nach SGB XII und AsylbLG).</p> <p>Leistungsberechtigte sind Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, an mehrtägigen Kitafahrten teilnehmen, wenn sie ihre Aufwendungen für diese Kitafahrten nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken können.</p> <p>Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 2 AsylbLG i.V.m. § 34 Absatz 2 Satz 2 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG i.V.m. § 6 AsylbLG werden auf Antrag erbracht. Einer nachfragenden Person werden, auch wenn keine Regelsätze zu gewähren sind, für die in § 34 SGB XII definierten Bedarfe Leistungen erbracht, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken kann.</p>	80436	T-BuT Leistungen nach SGB XII und AsylbLG - mehrtägige Kitafahrten - (Transferprodukt zu BuT Soz Verwalt. SGB XII)	233,50 €
<p>Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) an den berechtigten Personenkreis (Leistungsempfänger nach SGB XII und AsylbLG).</p> <p>Leistungsberechtigte sind Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, wenn sie ihre Aufwendungen für die im Gesetz definierten Teilhabeleistungen nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken können.</p> <p>Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 2 AsylbLG i.V.m. § 34 Abs. 7 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG als freiwillige Landesleistung gem. Senatsbeschluss vom 05.04.2011 werden auf Antrag erbracht. Einer nachfragenden Person werden, auch wenn keine Regelsätze zu gewähren sind, für die in § 34 SGB XII definierten Bedarfe</p>	80437	T-BuT Leistungen nach SGB XII und AsylbLG - Teilhabe - (Transferprodukt zu BuT Soz Verwalt. SGB XII)	14,11 €

Leistungen erbracht, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) vollständig decken kann.			
Wohnraumbeschaffungsprojekt für Flüchtlingen, Wohnraumkoordination zwischen Wohnungsunternehmen und EJF; Prüfung von Schadensregulierungsansprüchen; Auszahlung aus dem Sicherungsfonds der WfF	80834	Koordination von Vermittlung der Wohnungen für Flüchtlinge (WfF)	1.142,49 €
Während des laufenden Asylverfahrens kommt das Land Berlin u.a. auch für die Unterbringung der Geflüchteten auf. Die erste Zeit nach der Ankunft wohnen die Menschen zunächst in Aufnahmeeinrichtungen mit Vollverpflegung. Dies ist vom Gesetzgeber so vorgesehen. Spätestens nach sechs Monaten erlischt die Wohnverpflichtung in einer Erstaufnahmeeinrichtung. Ab diesem Zeitpunkt können die Geflüchteten in eine eigene Wohnung ziehen. Da bezahlbarer Wohnraum in Berlin nach wie vor knapp ist, stellt das Land Berlin den Flüchtlingen ersatzweise Wohnheime als Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung.	80836	Strategische Gesamtplanung, Steuerung und Koordination	86.371,27 €

Für verschiedene Personengruppen werden, einerseits aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder politischer Entscheidungen und andererseits aufgrund der Wohnmarktsituation, in Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften, Notunterkünften sowie gewerblichen Beherbergungsbetrieben täglich Unterbringungsplätze durch das LAF bereitgestellt. Es gilt die Qualität der Unterbringung und der Dienstleistungen sicher zu stellen und zu kontrollieren.	80875	Qualitätssicherung bei der Unterbringung von Asylbegehrenden	3.923,64 €
--	-------	--	------------

Zuwendungsvergabe zur Finanzierung und Sicherung von Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe, zur Erstellung einer "Wissensdatenbank" sowie mehrsprachiger schriftliche Kompaktinformationen für Ehrenamtliche, Geflüchtete und Flüchtlingshilfe und zur Umsetzung der pädagogischen Begleitung für die Bundesfreiwilligen (BFD)	81019	Zuwendungsangelegenheiten gem. Masterplan für Integration und Sicherheit	4.354,47 €
---	-------	--	------------

Die Infrastrukturkosten absolut und in Relation zu den Gesamtkosten betragen im Bereich Soziales:

Infrastrukturkosten (IK) absolut	IK Relation
71.234.473,00	0,13

3. Wie haben sich parallel dazu die finanzstatistischen Investitionsausgaben sowie die tatsächlichen Mittelabflüsse für umgesetzte Investitionen entwickelt?

Zu 3.: Analog zu Frage 2 lassen sich auch hier sinnvollerweise lediglich die Daten seit Beginn der laufenden Legislaturperiode vergleichen. Die Ansätze für Investitionen sowie die tatsächlichen Mittelabflüsse im Bereich Arbeit und Soziales haben sich seit der Neu-Ressortierung ab dem Haushaltsjahr 2017 wie folgt entwickelt:

Arbeit (Kapitel 1140, 1141, 1142, 1145)

Haushaltsjahr	Ansätze Hgr. 7 und 8	IST-Ausgaben Hgr. 7 und 8
2017	744.000,00 €	220.485,09 €
2018	528.000,00 €	185.067,54 €
2019	1.615.000,00 €	0,00 €*

*Stand: 30.06.2019

Soziales (Kapitel 1150, 1160, 1164, 1166, 1170, 1171, 1172, 1192)

Haushaltsjahr	Ansätze Hgr. 7 und 8	IST-Ausgaben Hgr. 7 und 8
2017	3.553.000,00 €	12.992.569,45 €
2018	104.185.000,00 €	43.491.155,56 €
2019	60.688.000,00 €	5.209.007,70 €*

*Stand: 30.06.2019

SIWANA (Kapitel 9810)

Maßnahme	Ansatz	IST-Ausgaben*
Sozialhilfeportal	3.200.000,00 €	178.848,65 €
Investive Zuschüsse an die Berliner Standorte der Bahnhofsmision	1.000.000,00 €	0,00 €
MUF's	194.300.000,00 €	111.153.425,65 €
Ankunftszenrum	57.500.000,00 €	383.268,36 €

*Stand: 30.06.2019

MUF (Kapitel 1250, MG 11, Titel 70182)

Haushaltsjahr	Ansatz	IST-Ausgaben
2017	50.000.000,00 €	37.059.435,96 €
2018	11.000.000,00 €	7.091.991,17 €
2019	12.000.000,00 €	8.760.206,93 €*

*Stand: 30.06.2019

4. Sind die Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarfe im Bereich Arbeit und Soziales mittlerweile bekannt?
5. Wurden für den Bereich als Ganzem oder in Teilen Gebäudescan ähnlich dem Schulgebäudescan durchgeführt?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wenn ja, mit welchem Ausgang? Welche Kostengruppen wurden berücksichtigt? Bzw. wurden wie beim Schulgebäudescan nicht alle Kostengruppen berücksichtigt?
6. Gab es andere Ermittlungen des Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarfe im Bereich Arbeit und Soziales?
 - a) Wenn ja, welche und mit welchem Ausgang? Welche Methodik wurde angewandt? Wurden/Werden hierbei alle Kostengruppen berücksichtigt? Von wem wurde dies durchgeführt?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
7. Welcher Gesamt-Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf liegt im Bereich Arbeit und Soziales schätzungsweise vor? Über welchen Zukunfts-Zeitraum erstreckt sich die Berechnung?
 - a) Falls nicht bekannt, waren sie jemals bekannt?
 - b) Falls niemals bekannt, warum nicht?

Zu 4. bis 7.: Dienstgebäude und Flüchtlingsunterkünfte befinden sich im Vermögen des Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB). Demzufolge werden die Erhaltungs-Investitionsbedarfe für diese Gebäude durch die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) ermittelt und von den Fachressorts im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt. Der Erweiterungs-Investitionsbedarf für Dienstgebäude wird im Rahmen der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung der Verwaltung (GSUV) künftig durch die Senatsverwaltung für Finanzen zentral koordiniert (s. HA-Beschluss vom 27.03.2019 zur RN 1167-D).

Der Erweiterungs-Investitionsbedarf für Flüchtlingsunterkünfte wird in Abstimmung mit dem Fachressort ebenfalls durch die BIM GmbH ermittelt. Grundlage für die Planungen sind die von der SenIAS erstellte Bedarfsprognose sowie die Kapazitätsplanung. Hierzu verweise ich auf den vierteljährlichen HA-Bericht zur Flüchtlingsunterbringung (RN 0316 A-H).

8. Welche Kennziffern zur Vergleichbarkeit der Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionstätigkeit zwischen den Bundesländern im Bereich Arbeit und Soziales gibt es? Wie schneidet Berlin dabei ab?

Zu 8.: Kennziffern zur Vergleichbarkeit der Erhaltungs- und Erweiterungs-investitionstätigkeit zwischen den Bundesländern im Bereich Arbeit und Soziales liegen nicht vor.

9. Wieviel wurde in den letzten zehn Jahren in den Bereich IT investiert? (*Bitte Darstellung Plan- und Ist-Kosten und wie finanziert!*)

Zu 9.: Analog zu Frage 2 lassen sich auch hier sinnvollerweise lediglich die Daten seit Beginn der laufenden Legislaturperiode vergleichen.

Arbeit

Kapitel 1141, Titel 81259

Haushaltsjahr	Ansatz	IST-Ausgaben
2017	48.000,00 €	6.827,45 €
2018	18.000,00 €	4.054,65 €
2019	243.000,00 €	0,00 €*

*Stand: 30.06.2019

Kapitel 1142, Titel 81259

Haushaltsjahr	Ansatz	IST-Ausgaben
2017	144.000,00 €	20.612,30 €
2018	54.000,00 €	16.276,62 €
2019	727.000,00 €	0,00 €*

*Stand: 30.06.2019

Soziales

Kapitel 1160, Titel 81259

Haushaltsjahr	Ansatz	IST-Ausgaben
2017	141.000,00 €	52.768,22 €
2018	36.000,00 €	43.188,02 €
2019	36.000,00 €	35.957,04 €*

*Stand: 30.06.2019

10. Wie hat sich der Gesamtvermögensbestand im Bereich Arbeit und Soziales in den letzten 20 Jahren insgesamt entwickelt? Wie hoch waren die Abschreibungen? Wie hoch waren die Investitionen?

Zu 10.: Diese Zahl lässt sich nicht ermitteln, da das Vermögen nicht bereichsweise erfasst wird.

11. In welchem Fachvermögen werden die Vermögensgegenstände, die durch Investitionen im Bereich Arbeit und Soziales erstellt werden, gehalten?

- Zu welchem Landes- und/oder Bezirksressort gehören diese Vermögensgegenstände?
- Welche Institution, ggf. welche Unternehmen verwalten/betreiben diese Vermögensgegenstände? In wessen wirtschaftlichen Eigentum liegen diese falls wirtschaftliche Nutzung und wirtschaftliches Eigentum auseinanderfallen?
- Bei wem liegt die Fachverantwortung für diese Vermögensgegenstände?
- In wessen (Vermögens-)Bilanz bzw. Vermögensrechnung werden sie gehalten bzw. verbucht? (*Bitte Auflistung Höhe des Vermögen und wo verbucht und wie finanziert!*)

Zu 11. a) – d): Vermögensgegenstände, welche sich im Fachvermögen und damit in der Fachverantwortung der für Arbeit und Soziales zuständigen Senatsverwaltung befinden,

werden im Vermögensverzeichnis bzw. in der Anlagenbuchhaltung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales bzw. deren nachgeordneter Behörden (Landesarbeitsgericht, Arbeitsgericht, Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin, Landesamt für Gesundheit und Soziales, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten) erfasst. Grundstücke und Gebäude werden dem SILB zugeführt.

Berlin, den 19. Juli 2019

Elke B r e i t e n b a c h

Senatorin für
Integration, Arbeit und Soziales